

Kreistagssitzung am 19. Dezember 2023

Dritte Lesung; Stellungnahme der Freien Wähler

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,

sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Stolz,

liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung

werte Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

nach intensiven Haushaltsplanberatungen, vor allem in den Fachausschüssen steht heute nun die Verabschiedung des Haushalts 2024 auf der Tagesordnung. Allein in der vorletzten Woche waren die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse fast täglich gefordert, um die umfangreichen Beratungsunterlagen und Beschlussvorlagen der Kreisverwaltung zu behandeln und abzuarbeiten. An dieser Stelle sei mir der Hinweis erlaubt, dass der Umfang und die Intensität den Kreisrätinnen

und Kreisräte viel abverlangt und manche an ihre zeitliche Belastungsgrenze bringt.

Aus unserer Sicht gilt es in Zukunft den straffen Zeitplan etwas zu überdenken und auch Rücksicht auf die sonstige berufliche Belastung der ehrenamtlich tätigen Kreisrätinnen und Kreisräte zu nehmen. Uns ist klar, dass die Verwaltung versucht, ganz im Sinne der Vorherigkeit noch im alten Jahr den Haushalt fürs nächste Jahr durch den Kreistag zu beschließen.

Für die Fraktion der Freien Wähler kann ich in Anspruch nehmen, dass wir uns ganz bewusst bei der Anzahl der Haushaltsanträge zurückgehalten haben. Es ist auch guter Stil unserer Fraktion so gut wie keine haushaltswirksamen Anträge zu stellen. Unser Hinweis in der zweiten Lesung, dass die Verkehrsumlage an den Verband Region Stuttgart nicht in dem Umfang steigt, wie von der Verwaltung im Haushaltsplan 2024 unterstellt, wurde bei der Änderungsliste berücksichtigt. Insofern hat unser Antrag zu weniger Aufwendungen von fast 1,3 Mio. Euro geführt. Insgesamt betrachtet, hat sich seit der Etablierung Mitte Oktober das Defizit laut Änderungsliste um rund 1,2 Mio. € verbessert. Der rechnerische Fehlbetrag mit über 28,6 Mio. Euro ist ein Rekordwert im negativen Sinne, der vor allem auf ein Klinikdefizit mit 21,7 Mio. Euro zurückzuführen ist. Wir haben bereits in der zweiten

Lesung darauf hingewiesen, dass dies eine besorgniserregende Entwicklung ist und man hat nicht den Eindruck, dass wir von Seiten der Bundes- oder Landespolitik in diesem Punkt in irgendeiner Weise unterstützt werden. Die massiven Finanzprobleme der Alb Fils Kliniken sind nicht hausgemacht, sondern das Ergebnis einer verfehlten Politik in Berlin und Stuttgart. Man darf gespannt sein, ob die von Gesundheitsminister Lauterbach initiierte Krankenhausreform die zum 1. Januar 2024 in Kraft treten soll, ihre Ziele überhaupt erreichen wird.

Deswegen können wir die Forderung zur finanziellen Unterstützung der Kliniken vor der Krankenhausreform, wie vom Präsidenten des Landkreistages Baden-Württemberg gefordert nur unterstützen, der vor Kurzem in einer Pressemitteilung folgendes zum Ausdruck gebracht hat: „Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser gerade auch in Baden-Württemberg ist dramatisch. Die hiesigen Krankenhäuser erwarten allein in diesem Jahr ein Rekorddefizit von mindestens 620 Mio. Euro.

Wir unterstützen daher nachdrücklich die Forderung nach einem Vorschaltgesetz, um die Krankenhäuser kurzfristig finanziell zu stabilisieren. Nur so kann die Krankenhausreform, die wir dringend brauchen, gelingen. Ohne Vorschaltgesetz ist die Krankenhausreform auf Treibsand gebaut.“

Diese Aussage von Landrat Joachim Walter bringt die desaströse Finanzsituation der kommunalen Kliniken im Land auf den Punkt. Vor

diesem Hintergrund und auch angesichts horrender Defizite unserer Alb Fils Kliniken in den nächsten Jahren, vermissen wir Freien Wähler die Unterstützung unserer Abgeordneten in Berlin und Stuttgart, um dieser Forderung des Landkreistages auch nur annähernd Nachdruck zu verleihen. Nur durch ein starkes Engagement aller maßgeblichen Entscheidungsträger kann in wirkungsvoller Weise hier gegengesteuert werden. Denn auch für uns Freie Wähler steht außer Frage, dass eine gute und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im Landkreis eine hohe Priorität genießt.

Beim Themenkomplex „Soziales“ und vor allem im Bereich soziale Transferleistungen sollte man die Kostenentwicklung aufmerksam im Auge behalten und ich möchte die Verwaltung bitten, falls es hier im kommenden Haushaltsjahr Veränderungen gegenüber der Planung gibt, uns zeitnah darüber zu berichten. Dass die Bundesteilhabegesetz (BHTG) bedingten Mehrkosten nicht in vollem Umfang vom Land erstattet werden, ist aus unserer Sicht ärgerlich. Denn immerhin geht es um eine Größenordnung von fast 1,7 Mio. Euro. Hier wird wieder einmal mehr das Konnexitätsprinzip grob missachtet. Dass es für die Erstattung der Bundesteilhabegesetz bedingten Mehrkosten ab dem Jahr 2023 immer noch keine Einigung mit dem Land gibt, ist ebenfalls nicht hinnehmbar. Wir unterstützen die Forderung der Landkreisverwaltung voll inhaltlich,

hier ein praktikables und unkompliziertes Nachweisverfahren einzuführen und sich voll umfänglich an die vereinbarte Erstattung zu halten und diese auch zeitnah zu leisten. Dies wäre aus unserer Sicht ganz im Sinne der Vorstellungen unseres Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann ein echter Beitrag zum Bürokratieabbau, von dem der Landkreis auch einen direkten Nutzen hat.

Die Kommunen haben in den vergangenen knapp zwei Jahren mehr Geflüchtete aufgenommen als in den Flüchtlingswellen zuvor. Unsere Aufnahmekapazitäten vor Ort sind längst belegt, auch wenn aktuell keine Turnhalle in Anspruch genommen werden muss. Dennoch müssen wir die Sorgen und Nöte unserer Städte und Gemeinden anerkennen: In den Kitas gab es schon vor der Flüchtlingswelle keine freien Plätze mehr und auch die Schulen sind voll. Die ärztliche Versorgung ist über der Belastungsgrenze und Sprachkurse gibt es nicht annähernd in ausreichendem Maße – von Wohnraum ganz zu schweigen. Auch das Personal in den Behörden ist über dem Limit.

Es kann daher nicht angehen, dass der Bund seine finanzielle Hilfe in dieser Lage kürzt! All das geht weit an der Realität in den Kommunen vorbei. Die Menschen spüren das. Das wiederum führt dazu, dass es

weniger Akzeptanz für die Aufnahme geflüchteter Menschen gebe. Wir befinden uns in einem Teufelskreis.

Daher sind jetzt wirksame Maßnahmen von der Bundesregierung notwendig, um die steigende Migration zu begrenzen. Für uns scheint es, als ob die Kommunen lange von der Politik nicht gehört worden sind und immer noch nicht gehört werden. Daher erwarten wir, dass der Landkreis über den Landkreistag die Forderungen noch nachdrücklicher vertreten sollte. Vielleicht ist eine landes- oder gar bundesweite Resolution der Landräte ein starkes Signal?!

Ansonsten gebe es, meine Damen und Herren, zu vielen Themen der Kreispolitik noch einiges auszuführen. Dies lässt der von der Verwaltung vorgegebene Zeitrahmen leider nicht zu. Deswegen kommen wir zur Gretchenfrage: Wie halten es die Freien Wähler mit der Höhe der Kreisumlage? Wir haben ja im Verwaltungsausschuss einstimmig den von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesatz mit 32,5 % befürwortet und möchten an dieser Stelle nochmals in Erinnerung rufen, dass der Landkreis trotz gleichbleibendem Hebesatz über 149 Mio. Euro Kreisumlage von den Städten und Gemeinden einnimmt. Das sind über 14 Mio. Euro mehr als in diesem Jahr. Und dennoch steht dieser Rekorderinnahme ein Rekorddefizit gegenüber, das nur durch eine Entnahme aus der Ergebnisrücklage ausgeglichen werden kann. Uns

allen ist bekannt, dass dieser Griff in den „Sparstrumpf“ eine endliche Maßnahme ist, vor allem wenn man bedenkt, dass die Ergebnisrücklage seit 2022 von über 78 Mio. Euro auf unter 30 Mio. Euro geschrumpft ist. Noch bedenklicher ist für uns die Entwicklung der Liquidität, die im nächsten Jahr lt. Berechnungen des Finanzdezernats über 11 Mio. Euro im Minus liegen wird.

Auch wenn uns die Ursachen für diese negativen Entwicklung bekannt sind (Einheitskasse bei der Kämmerei für die Alb Fils Kliniken) ist damit eine besorgniserregende Dimension erreicht. Angesichts der großen kreispolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre, wird an einer Aufgabenkritik mit entsprechender Priorisierung kein Weg vorbeiführen. Dazu brauchen wir vor allem KI – „die kommunale Intelligenz der Mitglieder des Kreistags“ mit ihrer kommunalpolitischen Erfahrung und Kompetenz. Die in der Finanzplanung angedeutete Entwicklung der Kreisumlage kann nicht einfach so hingenommen werden. Die Städte und Gemeinden wird das überfordern. Aus diesem Grund sind bereits jetzt mit Blick auf 2025 ff. entsprechende Maßnahmen einzuleiten die – dessen sind wir uns bewusst – nicht nur den Kommunen weh tun werden.

In diesem Sinne danken wir der Kreisverwaltung und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die vertrauensvollen und konstruktiven Etatberatungen in den Ausschüssen und im Kreistag. Den Dank verbinden

wir mit der Hoffnung, dass das Defizit am Ende des Jahres 2024 doch nicht so hoch, wie von der Verwaltung prognostiziert, ausfallen wird.